Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

102 (15.3.1846)

Visual Library

Wochenblatt (XXIX.)
als Fortsetzung der
Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.
Landtags-Zeitung.
Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.
[Nr. 102.] Karlsruhe 1846. [15. März.]
Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Ueberblick des badischen Verfassungslebens, mit besonderer Rücksicht auf die Richtung und Thätigkeit der Parteien in der zweiten Kammer.

Von **A. v. Soiron.**

(Fortsetzung.)

Der vorgelegte Gesetzentwurf gehe viel weiter, als die Gesetze vom Jahr 1833 und 1835. Er suche die Wahlberechtigungen dadurch zu beschränken, daß er Wahlcollegien einführe, welche mit dem großen Ausschuß verbunden sein sollten, daß er diesem Collegium die Wahl der Bürgermeister, der Gemeinderäthe und der Mitglieder des kleinen Ausschusses überlasse und daß er nicht allgemeine Wahlrechte bei der Wahl des großen Ausschusses anerkenne, sondern einer kleinern Zahl der höchstbesteuerten Bürger eben so viel Wahlrecht einräume, als die weit überwiegende Zahl der geringer Besteuerten habe.

Von diesen, die Rechte der einzelnen Gemeindebürger beschränkenden Abänderungen an der Gemeindeordnung verdienten vor Allem die Gemeindewahlen durch Wahlmänner keine Empfehlung. Denn die Berufung auf das, was bei Deputirtenwahlen gelte, entscheide nicht bei der Anwendung auf die Gemeinden. Bei der erstern sei es die Nothwendigkeit, welche die Wahlmänner einführe, weil es unendlich schwierig, verzögerlich und kostspielig sein würde, wenn man die zu einer Urwahl erforderlichen Personen eines Wahlbezirks versammeln wollte; während bei Gemeindewahlen auch in unsern größten Städten die in einem engen Raume ohnehin zusammenwohnenden Bürger leicht versammelt werden könnten. Für das System der Wahlmänner bei Deputirtenwahlen lasse sich noch weiter die Erfahrung der Schwierigkeit, daß jeder Bürger erkenne, welche Eigenschaften zum rechten Deputirten gehörten, theils die Gefahr anführen, daß wegen der sehr großen Zahl Derjenigen, aus welchen der Abgeordnete gewählt werden könne, die Stimmen sich zersplittern und das Spiel des Zufalls oft ein der Majorität widersprechendes Ergebniß der Wahl herbeiführen würde. Alle diese Gründe paßten aber nicht auf die Gemeindewahlen.

Wo durch Wahlmänner Gemeindebeamte gewählt werden müßten, schwinde das Interesse der Gemeindebürger an den Angelegenheiten der Gemeinde; denn es sei eine bekannte Erfahrung, daß der Mensch nur diejenigen Handlungen mit Interesse vornehme, von welchen er sich sagen könne, daß er durch sie etwas bewirke. Die Wahl von Wahlmännern aber sei eine Handlung, bei welcher der Wählende sich nicht sagen könne, daß er durch sie ein ihm erwünschtes Ergebniß herbeiführen werde; denn der Wählende wisse eben so wenig, ob der von ihm Gewählte wirklich Wahlmann sei, und noch weniger ob der Wahlmann Demjenigen die Stimme geben werde, welchem der bei der Urwahl Wählende sie geben möchte. Hiernach sei es eine Täuschung, wenn man den Bürgern, die Wahlmänner wählen dürften, versichere, daß sie mittelbare Wahlrechte in Bezug auf die Wahl der Gemeindebeamten hätten; denn das, was man ihnen lasse, gewähre ihnen keine Bürgschaft, daß ihre Stimmen wahrhaft Einfluß auf die definitive Wahl haben würden. Eine nothwendige Folge der Wahl durch Wahlmänner sei daher die, daß das Ergebniß der Wahl nicht als eine Wahrheit, nicht als das Product davon angesehen werden könne, daß der Gewählte wirklich die Stimmen der Mehrzahl der Urwähler vereinige und der Mann ihres Vertrauens sei; weil zu viele Wechselfälle einwirkten, bis die definitive Wahl zu Stande komme. Dazu komme, daß bei Wahlcollegien, nach der Erfahrung von Frankreich, die Intrigue ihr willkommenes Feld habe und daß daher gerade Dasjenige eintrete, was man durch die Einrichtung vermeiden wolle. Schon überhaupt lehre die Erfahrung, daß die Intrigue leichter auf eine kleinere Zahl von Menschen wirken könne, als auf eine größere Zahl von Stimmenden; aber auch im Schooße des Wahlcollegiums triebe die Intrigue und die Leidenschaft ihr Spiel. Derjenige, welcher gewählt sein wolle, könne durch

kunstreiches Entfernen der lästigen Nebenbuhler; durch Zersplittern der Stimmen, die Wahl leichter durchsetzen; der Neid einzelner Wahlmänner gegen einen Würdigen bewege sie, ihm, vielleicht um ihn zu kränken, einen unwürdigen Nebenbuhler an die Seite zu setzen und in die Wahl zu ziehen, und zuletzt erhalte Jemand, den selbst die Wählenden Anfangs nicht gewünscht, die Stimmenmehrheit.

(Fortsetzung folgt).

Rundschau.

Vom 11. und 12. März.

— In Durlach sind bis jetzt von drei Distrikten 24 Wahlmänner gewählt; dieß sind vierundzwanzig Bürger, welche von den Jesuiten nichts wissen wollen.

— Der letzte aus der Freiburger Urne hervorgegangene Wahlmann ist der pensionirte Major v. Hennehofer.

— Ueber die Wahlen der Stadt Bruchsal waren verschiedene Meinungen im Umlauf. Es stellt sich jetzt heraus, daß die Bürger die Mehrheit haben.

— Eben so verhält es sich im Landbezirk Lahr.

— In dem ganz katholischen Orte Oestringen (Landbezirk Bruchsal) ist der erzbischöfliche Dekan Ernstberger, früher Wahlmann von Einfluß, diesmal durchgefallen und an seiner Stelle der israelitische Handelsmann Eissig gewählt worden. Das Centralcomite in Mannheim soll an dieser Wahl eine besondere Freude haben.

— Die Seeblätter berichten über Welckers Anwesenheit in Dossenheim von einem Augenzeugen folgendes: Zu den vielen Lügen der Ultramontanen, verbreitet durch die Schmähblätter derselben, gehört die Ausstreuung, als seien Welcker bei einem Besuche in Dossenheim Unannehmlichkeiten widerfahren, oder derselbe in Untersuchung gezogen. Der wahre Sachverhalt besteht einzig darin, daß Welcker einen Trinkspruch auf die brüderliche Einheit der Katholiken und Protestanten ausbrachte, weil er gehört, daß Jesuitismus und Fanatismus dieselbe zu untergraben suche. Im ganzen Saale unter allen vielen anwesenden Bürgern war nur freudige Zustimmung. In einem entfernten dritten Zimmer sollen einige wenige Menschen, wie ich höre vom Pfarrer gesendet, sich nicht einstimmend geäußert haben; im Saal sah und hörte man lediglich nichts von ihnen. Von obrigkeitlichem Schutz in jener Zeit oder als Welcker und seine Begleiter eine Stunde später völlig friedlich nach Hause giengen, war also natürlich keine Rede; alles dieses ist nichtswürdige Lüge. Der Pfarrer, welcher wie mir erzählt wurde, einen katholischen Kirchengemeinderath blos deßwegen aus dem Stiftungsvorstand soll ausgeschlossen haben, weil er eine evangelische Frau hat, scheint jenen unglücklichen Religionshaß wieder anfachen zu wollen, der hier in der Pfalz Jahrhunderte lang blutige Kämpfe und die Einmischung der Franzosen herbeiführte.

— Das Marchvolk scheint nicht zufrieden mit der Marchsprache, welche die süddeutsche Zeitung ihm in den Mund legt, z. B. mit den Worten: die Landstände seien „privilegirte, theuer bezahlte Tagediebe." (S. Nr. 94, S. 368 des Wochenblatts zur Landtagszeitung). Der oberrheinischen Zeitung wird hierüber aus der March geschrieben: „Solche Schmähworte, die nur aus der Feder des „ultramontanen Kalenderschreibers für Zeit und Ewigkeit" fließen können, dürfen nicht einem Landmann aufgebürdet werden, dem sie ekelhaft vorkommen müssen. Uebrigens kann der Correspondent des süddeutschen Schimpfblattes von Reuthe aus nicht von der March sprechen, weil sie diese Reuthe nicht unter ihre Ortschaften zählt. In Bezug auf die Wahlen in der March sei bemerkt, daß zu solchen nur Männer des Fortschritts gewählt wurden, an denen der Correspondent des jesuitischen Schimpforgans freilich keinen Gefallen finden wird." Das scheint uns die ächte Marchsprache zu sein.

— Aus Denzlingen meldet die oberrheinische Zeitung, daß dort weder die Freiburger Zeitung noch das Mannheimer Morgenblatt gelesen werden. Unsere Leser werden darum von den Denzlingern keine üble Meinung hegen; im Gegentheil.

— Die guten Wahlen für die nächste badische Ständeversammlung fangen an zunächst in Bayern erwünschte Früchte zu tragen. Der oberrheinischen Zeitung wird darüber aus München, 7. März geschrieben:

„Die Aufregung, welche die allgemeine neue Wahl in Baden hervorgebracht, hat, wie es scheint, für unser Ministerium eine Lehre gegeben, die von demselben wohl beherzigt worden ist. Wie Ihnen wahrscheinlich bekannt, war man im Publikum nicht wenig auf die Eisenbahndebatten gespannt, da die Ausschüsse einstimmig den Antrag des Referenten: „die Tarife für Personen-, Waaren- und andere Transporte sollen in ihren Maximalbeträgen von drei zu drei Jahren mit Beirath und Zustimmung der Stände festgesetzt werden. Die Regierung ist zu der Festsetzung der provisorischen Tarife bis zur vollständigen Eröffnung der Bahn ermächtigt," angenommen hatten, der k. Finanzmi-

nister und die Regierungscommissäre sich auf's Bestimmteste gegen diesen nach ihrer Ansicht den Grundsätzen der Verfassungsurkunde widerstrebenden und die Kronrechte beeinträchtigenden Antrag ausgesprochen hatten. Nach einer mehrtägigen, äußerst stürmischen Debatte sollte nun in der gestrigen Sitzung der oben angeführte Artikel des Gesetzentwurfes zur Verhandlung kommen, als gleich beim Beginne der Sitzung der Minister des Innern die Erklärung abgab, daß, wie die Regierung bei dem Eisenbahnunternehmen nur die Blüthe der Landwirthschaft, der Gewerbe und des Handels, überhaupt das Beste des Landes sich zum Ziele gesetzt habe, so auch weit entfernt sei, bei der Festsetzung der Tarife den Beirath und die Zustimmung Derjenigen zurückweisen zu wollen, die durch die Verfassung berufen sind, die Interessen des Landes, seine Wünsche und Bedürfnisse an den Thron zu bringen.

„Nur wurde auf eine weitere Erklärung von Seiten desselben Ministers hin die Festsetzung der Tarife von 6 zu 6 Jahren, statt von 3 zu 3, wie der Antrag gelautet hatte, bestimmt. Dieses Eingehen in die Wünsche der Kammer hat um so freudigere Sensation erregt, als man bereits noch weitere Befriedigung laut gewordener Beschwerden an dieses kleine Zugeständniß reiht."

— Die Süddeutsche bringt heute (Nr. 45) die österreichische Verordnung, wonach einstweilen die Deutschkatholiken im Lande nicht geduldet werden. So ganz zufrieden mit dieser Verordnung ist die Süddeutsche noch nicht, weil sich die Regierung vorbehält, christliche Confessionen künftig aufzunehmen. Dann wiederholt die Süddeutsche ihre frühere Achtserklärung gegen die sächsische und würtembergische Regierung, weil sie die Deutschkatholiken dulden.

Heirathen dürfen die Deutschkatholiken unter keiner Bedingung, weil sie sich dadurch vermehren könnten, wie andere Menschen. Den beiden fehlbaren Regierungen wird „protestantische Befangenheit" vorgeworfen und den Katholiken der Rath gegeben, sich gegen die Nichtwertreibung ihrer deutschen Mitbürger zu beschweren. Wir gestehen unverholen, daß wir diesen und ähnliche Aufsätze der Süddeutschen für sehr belehrend halten.

— In dem weltlichen Theile der Süddeutschen haucht ein Freiburger seinen Schmerz darüber aus, daß die Jesuiten bei den Wahlen nicht gesiegt haben, obgleich „die Wohllöbliche Redaction der süddeutschen Zeitung" so wacker gestritten hat; die „Wohllöbliche Redaktion" wird gebeten, jetzt wenigstens dafür zu sorgen, daß keine Protestanten gewählt werden. Leider geht auch die Lösung dieser Aufgabe über die Kräfte der „Wohllöblichen".

Dann geht der Wahljammer los, welcher kaum durch das glückliche Ereigniß gemildert wird, daß Bürgermeister Sester in Höselbach Wahlmann geworden ist. Schade daß der Mann nur Eine Stimme bei der Deputirtenwahl hat.

— Unsern Lesern haben wir die traurige Anzeige zu machen, daß das Mannheimer Morgenblatt gestern, 11. März, gegen zehn Uhr Vormittags, mit Nr. 60 den Geist vollends aufgegeben hat, aus dem irdischen Jammerthal, in welchem seines Bleibens nicht mehr war, geschieden ist und in Zukunft nur noch als Gespenst umgeht. Der sorgfältigen Behandlung ungeachtet, die wir ihm seit drei Wochen nach allen Regeln der Kunst angedeihen ließen, konnte es uns nicht gelingen, dasselbe zu retten, da ihm alle Lebensfähigkeit entschwand, alle Kräfte es verließen. Seit beinahe 14 Tagen versagten dem Morgenblatt alle diejenigen Mitarbeiter den Dienst, die ihm seit Jahren leitende Artikel geliefert hatten; sie versagten ihm den Dienst, weil das Morgenblatt seine Verpflichtung, jede Erwiderung von der Censur streichen zu lassen, nicht mehr erfüllen konnte und weil die Redaktion in ihren eigenen Artikeln sich eine Aufführung zu Schulden kommen ließ, die jeden anständigen Menschen aus ihrer Nähe vertrieb. Geistesnacht hatte das Morgenblatt umhüllt, bevor sein leibliches Dasein endete; es gieng also bewußtlos, ohne besondere Leiden in das Reich der Gespenster hinüber. In seiner Todesnummer rief es noch zehnmal — wir bitten, nachzuzählen — Pater Mathias; aber wir konnten ihm nicht mehr helfen; das Uebel hatte, in Ermanglung edler Theile, sämmtliche Artikel von Winterer, Eberlin und Comp. ergriffen, — der Hülferuf kam zu spät. Hätte es uns früher gefolgt und sich Diät gehalten, so hätten wir ihm, auch ohne die Fortsetzungen des Hrn. Hofrath Platz, wenigstens noch vierzehn Tage sein elendes Leben fristen können. Seine letzten, kaum mehr verständlichen Aeußerungen, hatten weder Sinn noch Verstand. Im ersten Artikel verwechselte es beständig die Begriffe von constitutionell und communistisch, in deren Gebrauch es in besseren Tagen große Fertigkeit erlangt hatte. Es sagte „juveniel" statt „juvenil" und behauptete, die Wahrheit zu reden, was ihm in seinem ganzen Leben nie begegnet war. Vergebens bemühten sich einige untergeordnete Zuträger, dem sterbenden Morgenblatte starkriechende Wahlartikel unter die Nase zu halten; weder Eppingen noch Lahr, weder Schönau, noch Bühl, noch Ueberlingen konnten helfen, selbst der Einzug der Russen in Krakau blieb ohne Wirkung. Noch einmal, — es war zum Letztenmale, — flackerte das Morgenblatt auf wie ein erlöschendes Lämpchen und rief: Ach, was haben wir denn verschuldet, daß wir schon sterben müssen; wir haben ja

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nichts gewollt, als die Aufrechterhaltung unserer „kirchlichen und staatlichen Verhältnisse.“ Hierauf beichtet es, daß Spitalpfarrer Winterer nur eine jesuitische Flugschrift geschrieben; dann wiederholt es Stellen aus dem Wochenblatt der Landtagszeitung, welches sonach der „letzte Gedanke“ des Morgenblattes war. „Die Kapuze wurde ihm abgezogen“, „das Gesicht, das er macht, nimmt sich komisch genug aus“ — das waren die Stellen des Wochenblatts der Landtagszeitung, die das Morgenblatt zuletzt noch mit ziemlich vernehmlichem Aechzen nachsprach. Ein Wärter flüsterte ihm in das Ohr: Herrn Regierungsrath v. Uria sei das verdrießliche Geschäft der Censur abgenommen — da war es mit dem Morgenblatte vorbei. Das Gespenst können wir nicht in der Rundschau unter Lebenden herumgehen lassen. Sollten wir jemals wieder veranlaßt sein, auf den Umgang des Gespenstes acht zu geben, so werden wir ihm eine besondere Rubrik: Leichenschau — anweisen. Es ruhe in Frieden, bis es als Phönix aus der Asche ersteht.

Briefe.

*Konstanz, 10. März. Gestern wurden im zweiten Viertel zu Wahlmännern ernannt: Kuenzer, Dekan; Nepomuk Katzenmaier, Handelsmann; Gasser, Spitalverwalter; Schmid, Th., Weinhändler; Molitor, Stadtrechner; Schalck, Bierbrauer; Baptist Delisle, Handelsmann; X. Knaus, Zimmermeister. Sämmtliche Gewählte waren von dem Kern der Bürgerschaft vorgeschlagen und erhielten 135 bis 143 Stimmen. Die ultramontane Partei hatte auf dieses Viertel mit Zuversicht gerechnet. Allein schon um drei Uhr, wo ihre Elite, darunter 30 Paradieser und etwa 10 Dammkarrer abgestimmt hatten, waren sie in der Minderheit und konnten die fehlenden 25 bis 33 Stimmen nicht mehr beibringen. Dekan Kuenzer hatte die meisten Stimmen (143). — Daraus geht klar genug hervor, daß die Petition der 450 gegen die Glaubensfreiheit ein jesuitisches Machwerk war und die Gesinnung der ehrenwerthen Bürgerschaft von Constanz nicht ausdrückte. Der Eifer der Bürger nimmt täglich zu. Sehr groß ist insbesondere auch die Theilnahme der Frauen, denen es nicht gleichgültig sein kann, ob ihre Männer und Söhne freie Bürger werden oder nicht. In den beiden übrigen Stadtvierteln ist der Sieg der Bürger nicht zweifelhaft.

*Mannheim, 11. März. Im dritten Wahldistrikt wurden heute ernannt: Algardi, H., Handelsmann. Bassermann, Fr. D., Buchhändler. Bleichroth, Bürgermeister. Eller, Obergerichtsadvokat. Eller, Thomas, Handelsmann. Gerlach, Elias, Schreinermeister. Hoffmann, David, Gastwirth. v. Soiron, Obergerichtsadvokat.

Das Centralcomite hatte abermals versucht, die Namen einiger unbescholtenen Männer dadurch zu beflecken, daß sie dieselben ohne Vorwissen oder Genehmigung auf ihre jesuitengrünen Zettel setzte. Die Wahl derselben wurde dadurch, wie sich von selbst versteht, unmöglich gemacht und die Entrüstung einiger von diesen Männern ist sehr groß. Eine Verlegenheit für das Centralcomite entstand dadurch, daß sich kein Mensch mehr fand, der, sei es bei Tag oder bei Nacht, seine Zettel austragen wollte. Aber ein Jesuit weiß sich zu helfen. Es fiel ihm ein, daß Simson dreihundert Füchse fing, ihnen Strohbüschel an die Schwänze band, die Büschel anzündete und die Füchse in die Kornfelder der Philister (wie die Bürger früher von den Studenten benamset wurden) jagte. Flugs ließ das Centralcomite dreihundert Hunde fangen, band ihnen die grünen Zettel an die Schwänze und jagte die Hunde in den dritten Wahldistrict. Die armen Thiere sahen ganz beschämt und traurig aus; dem Vernehmen nach verlangen sie eine nicht unbedeutende Entschädigung aller Art.

*Mannheim, 12. März. Im vierten Wahldistrikt wurden heute ernannt: Hr. Haas, Conrad, Handelsmann. Hoff, H., Buchdrucker. Giulini, Kaufmann. Coblitz, Gastwirth. Sönker, Schlossermeister. Löwenhaupt, Tünchermeister. Hoffstädter, Buchbinder. Güpner, Schuhmacher.